



Vergütungsvereinbarung

In Sachen: Aktenzeichen:

wegen:

wird zwischen

Rechtsanwalt, Eppendorfer Landstraße 54, 20249 Hamburg (Auftragnehmer)

und

..... (Auftraggeber)

folgendes vereinbart:

1. Der Auftragnehmer erhält für die außergerichtliche Beratung des Auftraggebers ein **Pauschalhonorar/ Stundenhonorar** (Unzutreffendes bitte streichen) von EUR zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer.
2. Grundlage der Stundenabrechnung ist der gesamte Zeitaufwand. Hierzu gehören Terminswahrnehmungen, die Durchführung von Besprechungen (auch per Telefon, E-Mail, Videokonferenz, etc.), die Aktenbearbeitung einschließlich Überprüfung und Recherche. Jede angefangene Stunde wird mit mindestens 15 Minuten berechnet. Über die Zeitabrechnung erhält der Auftraggeber eine Zeitaufstellung, aus dem die Tätigkeit mit Datum und zeitlicher Dauer hervorgeht.
3. Zusätzlich übernimmt der Auftraggeber Nebenkosten und Auslagen nach den Vorschriften des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG). Der Auftragnehmer kann einen angemessenen Vorschuss auf das Honorar fordern.
4. In gerichtlichen Angelegenheiten gilt das gesetzliche Honorar nach dem RVG als Mindesthonorar. Der Auftraggeber wurde darauf hingewiesen, dass sich in diesem Fall die Mindestgebühren nach dem gerichtlich überprüfbaren Gegenstandswert richten, soweit dies nach dem RVG der Fall ist.
5. Der Auftraggeber ist darauf hingewiesen worden, dass diese Vergütungsvereinbarung Abweichungen von dem RVG enthält und ein möglicherweise über die gesetzlichen Gebühren hinausgehendes Honorar weder von einer eventuell bestehenden Rechtsschutzversicherung, noch vom Gegner oder einem anderen Kostenträger erstattet wird. Der Auftraggeber wurde ferner darauf hingewiesen, dass in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten auch bei einem Obsiegen weder außergerichtlich noch in der 1. Instanz eine Kostenerstattung stattfindet und die Kosten stets vom Auftraggeber getragen werden müssen.
6. Erstattungen Dritter und Leistungen von Rechtsschutzversicherungen, die grundsätzlich nur in Höhe der gesetzlichen Gebühren erfolgen, werden auf die Gebühren nach dieser Vergütungsvereinbarung angerechnet. Soweit für die Tätigkeit des Auftragnehmers Erstattungsansprüche gegen den Gegner oder die Staatskasse entstehen, gelten die gesetzlichen Gebühren nach dem RVG, falls das hier vereinbarte Honorar niedriger wäre.
7. Diese Vereinbarung kann jederzeit von beiden Parteien mit sofortiger Wirkung gekündigt werden, von dem Auftragnehmer jedoch nicht zur Unzeit. Für den Fall, dass der Auftraggeber kündigt, werden ausstehende Leistungsentgelte sofort fällig. Sollte die Vergütungsvereinbarung rechtlich nicht gültig oder nichtig sein, finden alternativ die Vorschriften des RVG Anwendung.
8. Im Übrigen gelten die Mandatsbedingungen des Auftragnehmers.

_____, den _____

Hamburg, den _____

(Auftraggeber)

(Auftragnehmer)